

8.7.1919

Deutschungarische Vertreter bei der Wiener Regierung.

Seute sprach eine Abordnung der Bevölkerung Westungarns bei allen Parteien der Nationalversammlung vor, um Hilfe gegen die zurückflutenden und sich auflösenden bolschewikischen Truppen zu erbitten. Die Abordnung beschwerte sich auch beim Präsidenten der Nationalversammlung Seitz darüber, daß der Grenzübertritt für fliehende Deutsche seitens der deutschösterreichischen Behörden nicht gestattet werde. Präsident Seitz gab darauf seinen „Sympathien“ für die Deutschen Westungarns namens unserer Republik Ausdruck und erklärte, daß er verfassungsrechtlich zur Abhilfe nicht zuständig sei, das Vorgebrachte aber an die zuständige Stelle weiterleiten werde.

Staatskanzler Dr. Renner „freute sich“ über das Erscheinen der westungarischen Abordnung und versicherte sie, daß unsere Friedensdelegierten für das Selbstbestimmungsrecht Westungarns ebenso wie für das aller übrigen zu Deutschösterreich strebenden Teile der alten Monarchie eintreten werden. Er „habe die Hoffnung“, daß die Stammeszugehörigkeit des Gebietes durch den Friedensschluß auch zur Staatszugehörigkeit werde. Die Abordnung war, so bemerkt die Staatskorrespondenz, von dieser Antwort des Staatskanzlers sehr befriedigt.

Mit Freundschafts- und Sympathiebezeugungen werden die hilfeheischenden Vertreter der Deutschen Westungarns von unserer Regierung abgepeist, die keine Tat wagt, während die Abordnungen und Bittschriften der Deutschen jenseits der Leitha immer bringlicher werden. Diese sind über das Wüten der magyarischen Kommunisten so erbittert, daß sie bereits, da alle Hilferufe nach Wien vergeblich sind, zur Selbsthilfe greifen.

Die Reichsorganisation der Kaufleute Oesterreichs hat am 7. d. in einer zahlreich besuchten Versammlung eine Entschließung gefaßt, in der die Regierung aufgefordert wird, im Hinblick auf die Zerfahrenheit der ungarischen Republik, so rasch als tunlich, das westungarische Gebiet, das Preßburger, Wieselburger, Oedenburger, Eisenburger Komitat zu besetzen und bis zur endgültigen Entscheidung der Friedenskonferenz in Verwaltung zu nehmen, was umso leichter geschehen könnte, als sich in den bezeichneten Gebieten mangels Militär kein Widerstand seitens der ungarischen Republik geltend machen würde. — Die Besetzung soll nicht erfolgen, um einen territorialen Raubzug auszuführen, sondern nur, um die in Westungarn bodenständige, tüchtige und fleißige Bauernschaft vor den ungarischen Kommunisten zu schützen.